

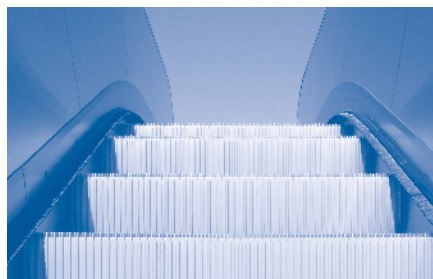
► **S2 IM INTERVIEW:**
Norman Prange, Referent des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung
Die Jugend will Zukunft mitgestalten – auch im Managerkreis.

► **S4 Ist Wohnen politischer geworden?**
Die Wohnkonzerne tragen soziale Verantwortung.

► **S5 Mit den E-Autos kommt die Ungewissheit** Thüringens Autozulieferer geraten unter Druck.



► **S7 Ausbildung und Qualifizierung – fit für die Herausforderungen der Zukunft?**
Der Wandel der Arbeitswelt erfordert lebenslanges Lernen.



► **S9 Schicht im Schacht?**
Mit dem Ende der Steinkohle ist die Arbeit noch lange nicht getan.

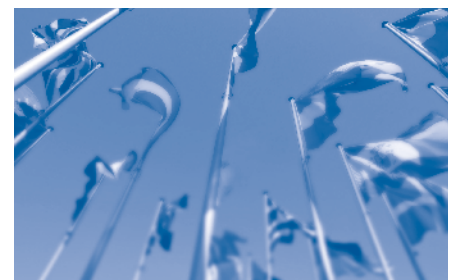
► **S9 Neues aus dem Vorstand**
Der Managerkreis Bayern hat einen neuen Vorstand gewählt.

► **S10 Klassischer Rundfunk war gestern**
Die öffentlich-rechtlichen Sender geraten durch YouTube & Co. unter Druck.

► **S11 Flucht und Migration – Chancen für den regionalen Arbeitsmarkt**
Die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt hat gerade erst begonnen.

► **S12 Vom Start-up zum Weltkonzern**
Seit 2016 gehört ex.io zum größten Digitalnetzwerk der Welt IBM iX.

► **S13 Die Auswirkungen des Brexits**
Hessen kommt beim Brexit glimpflich davon.



► **S15 Publikationen des Managerkreises**



IM INTERVIEW:

Norman Prange, Referent des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung

Norman Prange studierte Publizistik und Politik an der Freien Universität Berlin sowie an der Päpstlichen Katholischen Universität in Rio de Janeiro. Anschließend absolvierte er ein Masterstudium der Medien und Politischen Kommunikation, das er im Januar 2019 erfolgreich abschloss. Er arbeitete zweieinhalb Jahre beim Meinungsforschungsinstitut policy matters – zuletzt als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Seit dem 1. April 2019 ist Norman Prange als Referent des Managerkreises für verschiedene Arbeitsgruppen und Regionalkreise zuständig.

Was hat Sie motiviert, sich als Referent beim Managerkreis zu bewerben?

Ich habe vorher in der Meinungsforschung bei policy matters gearbeitet – erst als Praktikant, dann als studentische Hilfskraft und anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Dort habe ich verschiedene Studien mitbegleitet, Fragebögen konzipiert, Daten ausgewertet, Grafiken und Präsentationen erstellt. Zu

unseren Kunden zählten Parteien, Ministerien, Gewerkschaften und Stiftungen. Eine der Stiftungen war die Friedrich-Ebert-Stiftung, die ich dadurch stärker wahrgenommen und näher kennengelernt habe. Ich habe mich schon immer dafür interessiert, in einem Think Tank zu arbeiten. Und die Friedrich-Ebert-Stiftung zählt zu den besten weltweit.

Haben Sie sich inzwischen gut an Ihrem neuen Arbeitsplatz eingelebt?

Ich bin noch dabei, die Friedrich-Ebert-Stiftung mit all ihren Abteilungen, Landes- und Regionalbüros, Arbeitsbereichen und Gesprächskreisen kennenzulernen. Hier vor Ort im Managerkreis habe ich mich schon gut eingelebt. Ich habe einige Mitglieder kennengelernt, erste Sitzungen begleitet und freue mich auf das, was noch kommt.

Sie haben Publizistik- und Kommunikationswissenschaften studiert. Wollten Sie ursprünglich Journalist werden?

Ja, ich wollte mal Journalist werden. Ich habe ein Praktikum im

Wirtschaftsressort der Welt absolviert und für eine Lokalzeitung als freier Autor geschrieben. Aber dann habe ich gemerkt, dass die Arbeitsbedingungen im Journalismus äußerst prekär sind und es kaum Entwicklungschancen gibt. Mich hat aber schon immer das Thema Kommunikation interessiert. Dafür gibt es auch andere Arbeitsfelder – wie etwa die Pressearbeit, die ich bei einem Praktikum bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes kennengelernt habe. Das hat mir auch sehr viel Spaß gemacht und daher fühle ich mich hier im Managerkreis, wo ich unter anderem auch mit Kommunikation zu tun habe, richtig.

Sie haben einen sehr guten Bachelor-Abschluss. Auch Ihr Masterstudium haben Sie sehr erfolgreich abgeschlossen. Sind Sie ein ehrgeiziger Mensch?

Ja, schon sehr. Ich probiere gerne neue Dinge aus und habe Spaß daran, mich in neue Aufgabenbereiche einzuarbeiten. Deswegen hat mich der Journalismus auch immer sehr gereizt, weil man dort verschiedenste Themenfelder kennenlernt und sich in kurzer Zeit Informationen beschaffen und aneignen muss.

Ein Schwerpunkt Ihres Masterstudiums war Politische Kommunikation. Woher kommt Ihr Interesse für Politik?

Das hat sich zum Ende meiner Schulzeit entwickelt, aber vor allem während des Studiums. Da habe ich angefangen, mehr Zeitung zu lesen und mich für politische Themen zu interessieren. Das hat dann durch mein Auslandsjahr in Rio de Janeiro weiter zugenommen. 2013/14 war politisch eine unheimlich spannende Zeit in Brasilien, weil das Land viele Fortschritte gemacht hatte und man das Gefühl hatte, dass es wirklich um etwas ging. Dann haben aber Korruption und Wirtschaftskrise Brasilien um Jahre zurückgeworfen. Dadurch habe ich angefangen, mich für Wirtschaftspolitik zu interessieren.

Warum haben Sie sich Brasilien für Ihr Auslandsjahr ausgesucht?

Ich war mit 16 Jahren zum Schüleraustausch in Portugal und habe dort Portugiesisch gelernt. Brasilien ist der große Bruder und ich wollte schon immer mal dorthin, um auch das brasilianische Portugiesisch zu lernen. Brasilien hat mich aber auch interessiert, weil es damals als aufstrebender BRICS-Staat galt.

Junge Menschen galten ja bislang als politikverdrossen. Jetzt gehen junge Menschen freitags zu Tausenden auf die Straße, um für den Klimaschutz zu demonstrieren. Ist die Jugend politisierter als noch vor ein paar Jahren?

Die Jugend ist politisierter. Es ist auch sehr wichtig, dass sich junge Leute einbringen und merken, dass sie Zukunft gestalten können und nicht einfach akzeptieren müssen, was ältere

Generationen mal entschieden haben. Unter anderem bin ich deswegen im Januar in die SPD eingetreten.

In der Regel macht die Jugend aber nach wie vor einen großen Bogen um die Parteien. Warum ist das so?

Vielleicht weil das Image der Parteien nicht so hip und cool ist. Auf junge Leute wirken Parteien häufig wie riesige Apparate mit festen Strukturen. Das spricht sie dann halt nicht so an.

Können Sie sich vorstellen in die Politik zu gehen?

Ich engagiere mich im SPD-Ortsverein in Berlin-Schöneberg und möchte das auch weiter ausbauen. Ob ich mal in die Politik gehen werde, kann ich nicht voraussagen. Das hängt von vielen Faktoren ab. Ich bin aber prinzipiell ein offener Mensch.

Sie haben in Praktika und Workshops Erfahrungen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus sammeln können. Inwieweit können Sie das hier bei Ihrer neuen Tätigkeit mit einbringen?

Ich schreibe beispielsweise Programmentwürfe für Veranstaltungen. Dazu muss ich mich jeweils in das entsprechende Thema einlesen, um den Text möglichst attraktiv zu gestalten und vor allem so, dass ihn jeder versteht. Wir möchten ja schließlich alle Mitglieder erreichen. Hier kann ich also sehr gut meine journalistischen Erfahrungen einbringen. Außerdem wollen wir zukünftig unsere Pressearbeit stärker ausbauen, damit wir öffentlich sichtbarer werden. Auch dabei kann ich gut unterstützen.

Gibt es Themen, die Sie besonders in den Fokus rücken möchten?

Ich betreue zwei politisch sehr spannende Arbeitsgruppen. Zum einen ist das die Arbeitsgruppe Verkehr und Mobilität. Wir stecken ja gerade mittendrin in der Verkehrswende – etwa durch die Elektromobilität. Da kommen große Herausforderungen auf uns zu. Die andere Arbeitsgruppe befasst sich mit dem Bereich Energie und Umwelt. Umweltschutz ist auch ein Thema, das ganz oben auf der bundespolitischen Agenda steht – nicht zuletzt durch die Fridays-for-Future-Bewegung. Diesen beiden hochaktuellen Themenbereichen werde ich mich besonders widmen, denn ich muss mich natürlich immer auf dem neuesten Stand halten.

Welche Politikerin oder welchen Politiker hätten Sie gerne mal im Managerkreis zu Gast?

Ich würde mehrere Gäste einladen: auf jeden Fall eine_n Wirtschaftspolitiker_in, jemanden aus der Meinungsforschung und eine Person aus der Kommunikationsbranche, die weiß, wie man politische Ideen durch Framing so präsentiert, dass Menschen sich durch sie angesprochen fühlen. Dann würde ich die drei diskutiere

ren lassen, wie man den Wählerinnen und Wählern die Relevanz von Wirtschaftspolitik am besten deutlich machen kann.

Warum ist Ihnen das Thema so wichtig?

In der Meinungsforschung werden regelmäßig Kompetenzwerte abgefragt, wie zum Beispiel: Welcher Partei würden Sie am ehesten zutrauen, die Wirtschaft voranzubringen? Es ist auffällig, dass die SPD bei dieser Frage seit Jahren sehr schlecht abschneidet, also zum Teil einstellige Ergebnisse erzielt. Dabei hat

die SPD vier Jahre lang das Bundeswirtschaftsministerium verantwortet und führt derzeit verschiedene Landesministerien für Wirtschaft an. Das kommt bei den Leuten aber scheinbar nicht an. Ich finde daher, dass es wichtig ist, ihnen klarzumachen, wie entscheidend Wirtschaftspolitik ist: Es geht um Arbeitsplätze, gute Löhne und letztendlich um die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Deshalb muss die SPD hier stärker wahrgenommen werden.

Ist Wohnen politischer geworden?

Steigende Mieten und lange Wartezeiten bei der Wohnungssuche werden für Gering- und zunehmend auch für Normalverdienende in deutschen Großstädten zum Problem. In der Politik werden Maßnahmen wie der Rückkauf von zuvor privatisierten Wohnungen, Mietendeckel oder gar Zwangsenteignungen ernsthaft diskutiert.

Managerkreis Berlin-Brandenburg

Am 27. Mai 2019 hatte der Managerkreis Berlin-Brandenburg zu einem Business Lunch für Frauen geladen, um mit der Vonovia-Finanzvorständin Helene von Roeder über die Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt zu diskutieren. Zum größten börsennotierten deutschen Wohnungskonzern gehören heute 360.000 Wohnungen. Ein Teil davon sind ehemalige Werkwohnungen der Deutschen Bahn, die privatisiert wurden, erläuterte Helene von Roeder. Seit Mai 2018 ist sie Chief Financial Officer im Vorstand von Vonovia. Dort spricht man übrigens von Kund_innen statt von Mieter_innen, die bestmöglich bedient werden sollen. Call Center und Kundenportale sollen für eine gute Erreichbarkeit sorgen und den Service effizienter machen. Um in Zeiten von ausgebuchten lokalen Handwerksfirmen schneller reagieren zu können, hat Vonovia inzwischen eigene Handwerker_innen eingestellt.

Bei dem sehr gut besuchten Business Lunch wurde kontrovers diskutiert: Was ist notwendig, um die Wohnungsnot bei bezahlbaren Wohnungen zu lindern? Wie lassen sich wirtschaftliche Ziele und soziale Verantwortung in Einklang bringen? Helene von Roeder erläuterte ihre Sicht auf den Einsatz von Handwerkerleistungen und Betriebskosten, Grenzen für Mieterhöhungen und energieeffiziente Sanierungen. Sie plädierte dafür, neben CO₂-Emissionen der Verwendung nachhaltiger Materialien beim Bauen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Das Thema Wohnen müsse im Quartier ganzheitlich betrachtet werden – mit Blick auf Energie, Wasserversorgung und

Abfallentsorgung. Die Finanzvorständin nannte Wien als aktuell herausragendes Beispiel städtebaulicher Entwicklung mit einer strategisch angelegten öffentlichen Förderung.

Viele einzelne Maßnahmen wurden vorgeschlagen und diskutiert: Tauschbörsen könnten hilfreich sein, wenn alters- oder familiengerechte Wohnungen fehlen. Barrierefreies Bauen ist nicht nur für Senior_innen gut, auch junge Familien mit Kinderwagen profitieren von Rampen, Lift und bodengleichen Duschen. Bei Mehrgenerationenhäusern könnte die Durchmischung durch einen intelligenten Gebäudemix und Zuschnitt erreicht werden. Kritisch diskutiert wurden bei der lebhaften Debatte Fehlanreize bei Modernisierungen, gestiegene Handwerkerkosten, Verzögerungen bei Baugenehmigungen, die mit enormen Mehrkosten für die jeweiligen Bauprojekte verbunden sind und politische Fehler durch frühere Privatisierungen. Spannend war auch der Ausblick auf die Zukunft des Wohnens: Junge Menschen haben heute völlig andere Vorstellungen von Funktionalität. Auch damit müssen sich Wohnungsunternehmen beschäftigen.



Mit den E-Autos kommt die Ungewissheit

Die Automobil- und Zulieferindustrie befindet sich durch das Aufkommen der E-Mobilität in einem tiefgreifenden Strukturwandel. In Thüringen gehören zu dieser Branche etwa 550 Unternehmen mit rund 50.000 gut bezahlten Beschäftigten.

Managerkreis Mitteldeutschland

Wie gehen die betroffenen Unternehmen mit dem Wandel um? Wie sieht ihr zukünftiges Geschäftsmodell aus? Und was kann die (Landes-)Politik tun? Darüber haben rund 50 Gäste mit Fachleuten aus Politik, Forschung und Wirtschaft am 7. Mai 2019 in der Hochschule Nordhausen diskutiert. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Wirtschaftsforum der Sozialdemokratie Thüringen statt.

Wolfgang Tiefensee, seit 2014 thüringischer Wirtschaftsminister, betonte, dass „die Automobilindustrie für Thüringen entscheidend“ ist. Da Elektroautos aus viel weniger Bauteilen als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor bestehen, ist die mittelfristige Zukunft für Zulieferbetriebe ungewiss. Daher hat das thüringische Wirtschaftsministerium die „Automotive Agenda Thüringen“ vorgelegt. In der Agenda werden Maßnahmen wie Investitionen in Technologieforschung, Anschubfinanzierungen für Start-ups sowie Förderprogramme für betriebliche

Weiterbildungsangebote aufgeführt. „Die Zulieferindustrie soll auch in Zukunft treibende Kraft der Thüringer Wirtschaft bleiben“, resümierte Tiefensee.

Der Geschäftsführer des Kurbelwellenherstellers FeuerPowerTrain in Nordhausen Bernd Gulden teilte die Zukunftssorgen, zeigte sich aber zugleich optimistisch: Sein Zulieferbetrieb erwarte eine Verdopplung des Umsatzes in den kommenden drei Jahren. Grund dafür seien mehr Aufträge durch Outsourcing sowie Wachstumsmärkte in Asien. Sobald sich die E-Mobilität durchsetzt, würde die Nachfrage allerdings schnell abnehmen. Auch politische Entwicklungen wie der Brexit, Schwierigkeiten bei der Zertifizierung von Bauteilen sowie der Mangel an Fachkräften setzten der Zulieferindustrie zu. Durch die Übernahme eines Start-ups soll die wirtschaftliche Zukunft des Betriebs langfristig abgesichert werden, so Gulden. Qualifizierungsprogramme sollen zur Beschäftigungssicherung beitragen.

Uwe Laubach, Vertreter der IG Metall, geht davon aus, dass rund 120.000 Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferbranche infolge des Strukturwandels gefährdet sind. Insbesondere familiengeführte kleine und mittlere Unternehmen in Thüringen seien in Gefahr.

Klaus Augsburg, der das Thüringer Innovationszentrum Mobilität (ThiMO) in Ilmenau leitet, verwies auf die deutlichen Effizienz- und Reichweitengewinne von Autobatterien seit 2009. Sein Fazit: Durch Investitionen in die Erforschung innovativer Mobilitätstechnologien lässt sich der Strukturwandel aktiv gestalten.

► v.l.n.r.: Jörg Neigefindt (WiFo Thüringen), Marei John-Ohnesorg (Managerkreis), Wolfgang Tiefensee



► Vor der Veranstaltung: Betriebstour mit Bernd Gulden bei FeuerPowerTrain





Ausbildung und Qualifizierung – fit für die Herausforderungen der Zukunft?

Schule, Studium oder Ausbildung – dann ist es endlich geschafft? Im Gegenteil: Wer sich nicht permanent weiterbildet, wird es im Berufsleben schwer haben. Denn die digitalisierte Arbeitswelt ist ständig im Wandel. Wer nicht bereit ist, dazuzulernen, läuft Gefahr, abgehängt zu werden.

Managerkreis Baden-Württemberg

Wie müssen Ausbildung und (Weiter-)Qualifizierung gestaltet sein, damit Menschen auch zukünftig Arbeit und damit ein Einkommen haben? Darüber diskutierte der Managerkreis am 20. Mai 2019 in der Stuttgarter Industrie- und Handelskammer. Maria Vavelidou, Vorstandsmitglied des Managerkreises Baden-Württemberg, begrüßte die Teilnehmenden und stellte die Arbeit des Regionalkreises vor.

Susanne Koch, Leiterin der Arbeitsagentur Stuttgart, wies in ihrem anschließenden Impulsvortrag darauf hin, dass mehr als ein Viertel aller Beschäftigten in Baden-Württemberg in Berufen mit einem hohen „Substituierbarkeitspotential“ arbeiteten. Durch den technologischen Wandel seien jedoch nicht nur Arbeitsplätze im Fertigungsbereich, sondern etwa auch bei

unternehmensbezogenen Dienstleistungen sowie in der Verkehrs- und Logistikbranche gefährdet. Per Saldo würden sich die Arbeitsplatzgewinne und -verluste jedoch ausgleichen. Bei der Weiterbildung müssten nicht nur IT-Kompetenzen, sondern vor allem „Soft Skills“ wie Kommunikationsfähigkeit und Veränderungsbereitschaft vermittelt werden.

Die von der Journalistin Adrienne Braun moderierte Podiumsdiskussion verlief durchaus kontrovers, zeigte aber auch grundlegende Übereinstimmungen: Thorsten Würth, Referatsleiter Arbeitsmarktpolitik und Weiterbildung beim Arbeitgeberverband Südwestmetall, betonte, dass in der derzeit wirtschaftlich guten Lage zeitlich intensive Qualifizierungsmaßnahmen kaum möglich seien, da die Arbeitskräfte in den

Betrieben benötigt würden. Kurzzeitige Qualifizierungsmodu-
le und Pilotprojekte könnten ein Lösungsansatz sein.

Boris Weirauch, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Land-
tagsfraktion in Baden-Württemberg, betonte die gravierenden
Auswirkungen des derzeitigen Transformationsprozesses, die
insbesondere in der Automobilbranche sichtbar würden. Zu
loben sei daher, dass die Bundesregierung Anfang des Jahres
zwei neue Gesetze zur Förderung von Arbeitnehmer_innen
verabschiedet hat: das Teilhabechancen- und das Qualifizie-
rungschancengesetz. Johannes Schmalzl, Hauptgeschäftsfüh-
rer der IHK Region Stuttgart, strich hervor, dass der Fachkräf-
temangel das derzeitige Hauptproblem sei. Er warnte vor
einer zunehmenden Akademisierung der Berufe. Die duale
Ausbildung müsste gestärkt werden.

Die abschließende Diskussion mit dem Publikum verlief leb-
haft. Dabei stand vor allem die Frage im Raum, wie es gelin-
gen kann, Menschen ohne eine abgeschlossene Ausbildung
mit Qualifizierungsmaßnahmen zu erreichen. Eine weitere
Herausforderung sei es, insbesondere ältere Arbeitnehmer_in-
nen für Aktivitäten im Weiterbildungsbereich zu motivieren.



► Susanne Koch

► Impression Podium und Publikum



Schicht im Schacht?

Die Zeit der Steinkohle ist in Deutschland vorbei. Ihre Folgen sind es aber noch lange nicht: Mit der Schließung der letzten beiden Steinkohlenbergwerke im Dezember 2018 begann für RAG-Stiftung eine Zeitenwende.

Managerkreis Nordrhein-Westfalen

Bärbel Bergerhoff-Wodopia, Mitglied des Vorstands der RAG-Stiftung, berichtete beim Business Lunch für Frauen des Managerkreises NRW am 23. Mai 2019 was es heißt, bis in alle Ewigkeit die Kosten des Nachbergbaus zu tragen und gleichzeitig wichtige Impulse für die Zukunft der Bergbauregionen zu setzen.

Zu den Ewigkeitsaufgaben, die die RAG-Stiftung finanziert, gehören vor allem Maßnahmen zur Regulierung des Wasserhaushaltes unter und über Tage. Damit das Grubenwasser nicht unkontrolliert ansteigt, muss es permanent an die Erdoberfläche gepumpt werden. Aber auch die Grundwasserreinigung an einigen ehemaligen Kokerei-Standorten sowie Poldermaßnahmen über Tage müssen finanziert werden. Dies alles kostet in den Anfangsjahren bis zu 300 Millionen Euro pro Jahr. Doch die RAG-Stiftung hat seit ihrer Gründung im Juni 2007 ihr Vermögen im Rahmen einer diversifizierten Kapitalanlagestrategie gewinnbringend angelegt. Insbesondere Kapitalerträge der Evonik Industries AG, Erträge des Wohnungsunternehmens VIVAWEST sowie weiterer Mittelstandsbeteiligungen mehren das Vermögen der RAG-Stiftung. So wird der Steuerzahler nicht belastet.

Neben der Finanzierung der Ewigkeitsaufgaben gehört die Förderung von Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturprojekten mit Bergbaubezug an Ruhr, Saar und in Ibbenbüren zu den satzungsgemäßen Aufgaben der RAG-Stiftung. Ein Schwerpunkt der Förderung sind Projekte entlang der gesamten Bildungskette, insbesondere für chancenbenachteiligte Kinder und Jugendliche. Die Projekte sind grundsätzlich langfristig und nachhaltig angelegt und reichen vom Kitaprojekt im sozial eher schwachen Gelsenkirchener Süden bis hin zu Ausbildungsprogrammen.

Eines wurde durch den interessanten Vortrag von Bärbel Bergerhoff-Wodopia besonders deutlich: Die Transformation der ehemaligen Bergbauregionen ist kein Sprint, sondern eine Marathon-Aufgabe.



► Bärbel Berghoff-Wodopia, Beate Kummer (Moderation)

Neues aus dem Vorstand

Veränderungen im Managerkreis Bayern



MANAGERKREIS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

► Marcel Schaller



Der Managerkreis Bayern hat am 20. Mai 2019 einen neuen Vorstand gewählt. Marcel Schaller, Geschäftsführer TE companion GmbH, wurde Nachfolger von Christoph Moosbauer, Managing Director MSL Group, der seit 2012 Sprecher des Managerkreises

Bayern war und sich nun aus privaten Gründen zurückzieht. Moosbauer wird sich weiterhin als Mitglied im Regionalvorstand einbringen. Durch Wiederwahl im Amt bestätigt wurden der Rechtsanwalt Christian Flisek und die Rechtsanwältin Kirsten Kurrle. Marcel Schaller gehört als Sprecher der Regionalgruppe dem Bundesvorstand des Managerkreises an. Das Vorstandsteam freut sich auf eine angenehme Zusammenarbeit.

Klassischer Rundfunk war gestern

Der Managerkreis Rhein-Main lud am 28. Mai 2019 zum Frauen Business Lunch mit der MDR-Chefin Karola Wille ein, um über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung und gesellschaftlichem Wandel zu diskutieren.

Managerkreis Rhein-Main

„In stürmischen Zeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, in denen er mehr denn je kritisch hinterfragt wird und vor gewaltigen Herausforderungen der Zukunft steht, ist Karola Wille eine exzellente Botschafterin der ARD. Sie treibt den Wandel maßgeblich voran und trägt zur Zukunftsfähigkeit der ARD bei.“ Mit diesen Worten begrüßte die Vorsitzende des Managerkreises Rhein-Main Silke Hillesheim die Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks, die seit 2011 an der Spitze des Unternehmens steht. Karola Wille sprach vor einer hochkarätig besetzten Runde mit führenden Frauen aus Wirtschaft, Finanzbranche, Wissenschaft und Medien.



► Prof. Karola Wille

In ihrem Impuls thematisierte die MDR-Chefin die Herausforderungen der Digitalisierung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die ARD stehe vor einer Zeitenwende: vom klassischen Fernsehen hin zum neuen, digitalen Angebot, das jederzeit überall abgerufen werden könne. Die Wucht der neuen Medien zeige sich am Beispiel des YouTubers Rezo, dessen Video, in dem er die Parteien anlässlich der Europawahl heftig kritisierte, 12 Millionen Mal aufgerufen wurde und damit insbesondere junge Menschen ansprach. Gerade die junge Zielgruppe müsse durch attraktive Formate der öffentlich-rechtlichen Sender informiert und unterhalten werden.

Karole Wille merkte an, dass ein tektonischer Wandel der Mediennutzung zu spüren sei. Streaming-Dienste im Audio- und Videobereich zögen User durch ihre innovativen Plattformen an und setzten die öffentlich-rechtlichen Sender unter Druck. Insgesamt gehe die lineare Fernsehnutzung bei den unter 50-Jährigen spürbar zurück. Die medial genutzte Verweildauer im Internet nehme hingegen vor allem bei den 14- bis 29-jährigen rasant zu. In Zeiten von YouTube und Co. könne jeder zum Produzenten werden. Das klassische Verhältnis zwischen Sender und Empfänger löse sich immer mehr auf. „Die Deutungshoheit der klassischen Medien ist beendet“, analysierte die Medienmanagerin. Im Internet verbreiteten sich schnell falsche Fakten, denen hervorragend recherchierte und nachweisbare Informationen entgegenstehen müssten.

Die MDR-Intendantin ging in diesem Zusammenhang auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2018 ein, das im Zeitalter der Digitalisierung die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für sorgfältig recherchierte Informationen hervorhebt. Diese müssten ein „vielfaltssicherndes und Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht bilden“, so das Urteil. Die öffentlich-rechtlichen Sender müssten den Diskurs am Laufen halten, sich für Qualitätsjournalismus einsetzen und in der journalistischen Arbeit noch transparenter werden, so Wille. Sonst gehe die wichtigste Aufgabe des Journalismus – die soziale Wirklichkeit wiederzugeben – immer weiter verloren. Zudem sei es entscheidend, Fehler zu korrigieren und die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Karola Wille betonte ferner, dass personalisierte Mediatheken in Zukunft relevant für die User seien, da diese es ermöglichen, Inhalte zu bevorzugten Themengebieten rasch zu finden. Um Jugendliche vermehrt zu erreichen, müsse das attraktive Format „funk“, ein Online-Medienangebot der ARD und des ZDF für Jugendliche und junge Erwachsene, auch in Zukunft genügend Spielraum für Kreativität haben. Darüber hinaus stelle sich die ARD den Herausforderungen der Zukunft mit einem groß angelegten Strukturreformpro-

jekt und trage so maßgeblich zur Einsparung bei. Ihren Vortrag beendete Karola Wille mit der Bemerkung, dass Wandel der neue Status quo sei und dass die öffentlich-rechtlichen Medien die Verantwortung trügen, diesen Wandel konstruktiv mitzugestalten.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem über den Beitrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zum Meinungsbildungsprozess diskutiert. Was kann er den Demokratiegegnern entgegenhalten? Wem vertrauen die Menschen in Zeiten, in denen nicht klar ist, ob Informationen im Netz wahr oder falsch sind? Am Abend der Europawahl habe die starke Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Sender gezeigt, welche Relevanz sie bei den Zuschauer_innen hätten, so Karola Wille. Wenn etwas von gesellschaftspolitischer Be-

deutung passiere, müssten die Menschen wissen, dass die Qualitätssender die erste Adresse seien. Es sei wichtig, auch mit Gegnern der öffentlich-rechtlichen Medien zu sprechen und sie in den MDR einzuladen und mit ihnen in den Dialog zu treten. Hier zeige man ihnen die Recherchearbeit des Qualitätsjournalismus. Der Kontakt zur Bevölkerung bilde die Grundlage des Vertrauens.

Die Medienmanagerin überzeugte mit ihrem Plädoyer, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk heute mehr denn je für den Zusammenhalt der Gesellschaft eine bedeutende Rolle übernehme. Vor allem mit qualitativ hochwertigen Angeboten könne sich die ARD gegen die internationalen Internet-Player im Zeitalter der Digitalisierung durchsetzen, schlussfolgerte die Intendantin.

Flucht und Migration – Chancen für den regionalen Arbeitsmarkt

Flüchtlinge finden inzwischen in Deutschland schneller Jobs – ein positives Signal. Die Hindernisse sind aber immer noch groß.

Managerkreis Baden-Württemberg

Am 27. Juni 2019 trafen sich beim Managerkreis Business Lunch für Frauen in Stuttgart Interessentinnen, um über die Chancen für den regionalen Arbeitsmarkt zu diskutieren, die sich durch die Integration von Geflüchteten bieten. Auch über die damit verbundenen Herausforderungen wurde offen gesprochen.

Im Impulsvortrag von Friederike Leitlein, Projektleiterin Ingeus GmbH, wurde deutlich, dass die Bemühungen, Geflüchtete in die Arbeitswelt zu integrieren, gerade erst begonnen haben: In der Regel sind nun die Deutschkurse abgeschlossen

und die Menschen stehen damit jetzt vor dem Eintritt ins Berufsleben. Das bedeutet, dass zum Beispiel Förderprogramme gestärkt werden müssen. Aus Sicht von Friederike Leitlein ist es dabei genauso wichtig, nicht nur die Geflüchteten zu beraten, sondern auch die Arbeitgeber. Letzteres sei bislang gar nicht vorgesehen, obwohl die Einstellung von Geflüchteten in den Arbeitsalltag gerade für kleine Unternehmen zwar sehr bereichernd sein kann, aber im Alltag doch immer sehr viele Fragen aufwerfe. Die Teilnehmerinnen nutzten die Gelegenheit, um sich intensiv zu diesem Thema auszutauschen und zu vernetzen.

► Friederike Leitlein (Mitte)



Vom Start-up zum Weltkonzern

In der neuen Veranstaltungsreihe „Managerkreis Case Study“ will der Managerkreis NRW sich in der Praxis anschauen, wie Unternehmen auf die Herausforderungen der Digitalisierung und Transformation reagieren und welche Ideen und Impulse sich hieraus für eine moderne Wirtschaftspolitik herleiten lassen.

Managerkreis Nordrhein-Westfalen

Den Auftakt macht am 9. Juli 2019 ein Besuch bei ex.io - an IBM Company in ihrem Headquarter im Düsseldorfer Hafen, wo der Sprecher des Managerkreises NRW und Gründer von ex.io Christoph Mause die Teilnehmenden begrüßte.

Der CEO von ex.io Gerald Lanzerits stellt den Anwesenden im Anschluss das Unternehmen vor, das vor drei Jahren durch IBM übernommen wurde. An fünf verschiedenen Standorten wird in interdisziplinären Teams gearbeitet. Schwerpunkt bildet hierbei die digitale Transformation von Unternehmen, deren Prozess von Anfang bis Ende durch ex.io begleitet wird. Diese agile Unternehmenskultur zu erhalten und sie gleichzeitig in Einklang mit der Marke IBM zu bringen, spielte beim eineinhalbjährigen Übernahmeprozess eine wichtige Rolle.

Judith Rehage, Marketing Lead IBM iX DACH, war bereits vor der Übernahme bei ex.io beschäftigt. Neben neuen Perspektiven, die ein Großkonzern bietet, wie beispielsweise ihr Aufstieg vom Marketing Director bei ex.io zum Marketing Lead für die ganze IBM iX in Deutschland, verwies sie auch

auf neue Prozesse und Strukturen, die von ex.io während der Übernahme durch IBM adaptiert wurden.

Auch Thomas Meyer-Boudnik, Corporate Development Executive von IBM Corporate Development International, sieht im Austausch von IBM und ex.io ein Kernelement der Zusammenarbeit. Während letzteres dank IBM Zugang zu einem globalen Netzwerk und weiteren finanziellen Ressourcen erhält, profitiert IBM besonders vom direkten Kundenkontakt und der Fachexpertise von ex.io.

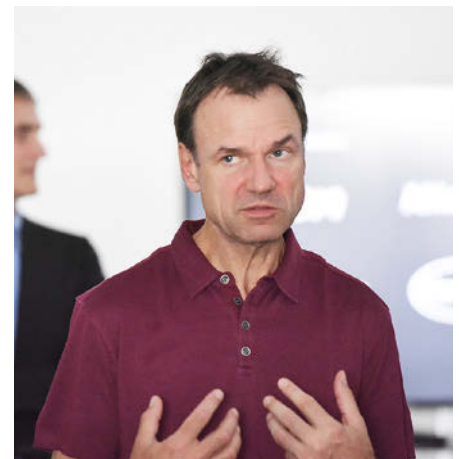
In der anschließenden Fragerunde stand neben dem Interesse für das Recruiting von Mitarbeiter_innen, der Ressourcenverteilung und der Einkaufsstrategie von IBM, auch die Frage im Vordergrund, ob Mause den Schritt, sein Start-up zu verkaufen, bereut hätte. Für Mause ist eine Win-Win-Situation für alle entstanden, besonders da seine Mitarbeiter_innen die Übernahme damals sehr positiv aufgenommen haben. „Vorher waren wir zwar Marktführer im Bereich Digitale Transformation, aber trotzdem kannte kaum jemand das Unternehmen. Nun als IBM haben wir hier eine ganz andere Wahrnehmung“, so Mause.



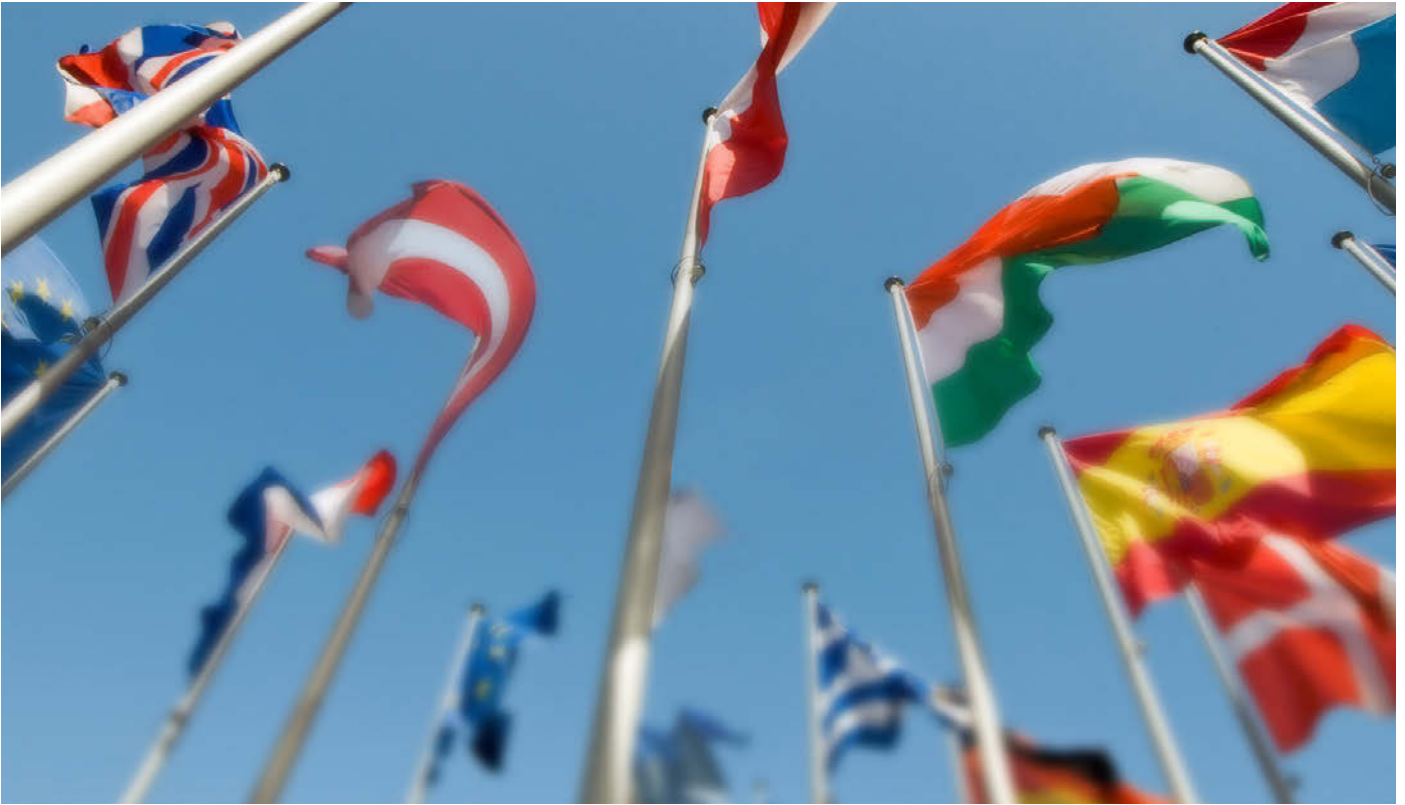
► Judith Rehage



► Christoph Mause, Thomas Mayer-Boudnik



► Gerald Lanzerits



Die Auswirkungen des Brexits

Am 15. Juli 2019 begrüßte der Managerkreis Rhein-Main mit Gabriel Felbermayr einen der renommiertesten europäischen Ökonomen. Das hohe Interesse an dem Vortrag des Präsidenten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und der Thematik zeigte sich daran, dass mit rund 140 Teilnehmenden – und das in der Sommerpause – die Veranstaltung bestens besucht war.

Managerkreis Rhein-Main

Die Vorsitzende des Managerkreises Rhein-Main Silke Hillesheim ging in der Begrüßung auf die vielseitigen Tätigkeiten des Referenten ein, der neben der Führungsrolle im Kieler Institut für Weltwirtschaft dort auch eine Professur an der Christian-Albrechts-Universität innehat. Nebenbei berät er das Bundeswirtschaftsministerium in politischen Fachfragen.

In seinem Vortrag sprach Felbermayr zunächst über die Ursprünge der Europäischen Union. Schon bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 hielten die Briten sich nicht mit Kritik zurück. Das neue Kooperationsmodell sei „zum Scheitern verurteilt“, war von der damaligen Regierung zu hören. Auch wenn Großbritannien dem Vorgänger der EU wenige Jahre später doch beitrug, habe diese anfängliche Skepsis die letzten Jahrzehnte in großen Teilen des Landes überdauert – was letztlich im Sommer 2016 etwa 52 Prozent

der Bevölkerung mitveranlasste, für einen Austritt aus der EU zu stimmen.

In einer 2018 erschienenen Studie haben sich Felbermayr und Kolleg_innen mit den wirtschaftlichen Folgen des Brexits auf die EU und Deutschland beschäftigt. Auch auf die Rhein-Main-Region wurde in der Studie eingegangen. Seine Analyse begann Felbermayr mit einer Darstellung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Kennzahlen. Er wies auf das massive Schrumpfen der Wirtschaftszone EU hin, die insbesondere ein harter Brexit nach sich ziehen würde. Für die Briten bedeute zwar ein Verbleib in der Handelszone die verbesserte Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung und harmonisierte Regeln für den Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Der damit einhergehende reale und gefühlte Souveränitätsverlust des einzelnen Nationalstaats könne das für die Briten

aber nicht aufwiegen. Die Grenzkosten der Integration überwiegen aus Sicht vieler Briten mittlerweile den Grenznutzen. Und alle Hardliner zögerten nicht, auf diese unterstellte Differenz hinzuweisen.

Seine zentrale These, dass ein Brexit nicht unbedingt die verheerenden Auswirkungen für Großbritannien haben muss, die viele Journalist_innen der Abspaltung attestieren, bestärkte er später im Vortrag auch mit geopolitischen Überlegungen. Zunächst bestünden nur 12 Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts aus Handel mit anderen EU-Staaten, dem niedrigsten Anteil unter allen EU-Mitgliedern. Der deutlich höhere Anteil der Exporte in Nicht-EU-Länder ließe sich nach einem harten Brexit mit Freihandelsabkommen erweitern. Gerade durch optimierte Handelsabkommen mit den Staaten des Commonwealth und der USA könnten Verluste abgefedert oder sogar in Gewinne umgedreht werden. Trotz ihres langfristigen Optimismus müssten die Briten nach einem finalen Brexit, wie Boris Johnson ihn anstrebt, zumindest kurzfristig den Gürtel enger schnallen: Seit dem Referendum sind die Investitionen und das BIP deutlich schmaler ausgefallen als zu erwarten gewesen wäre. Die Unsicherheit am Markt und die Abwertung des Pfund verteuern nicht nur den Trip nach Paris, sondern ganz konkret auch die Lebensmittel im heimischen Supermarkt.

Doch was bedeutet ein harter Brexit für die restliche EU und speziell die Rhein-Main-Region? Auf die Frage, ob Londoner Banken demnächst massiv Repräsentanzen in Frankfurt eröffnen, um das EU-Geschäft zu vereinfachen, reagierte Felbermayr zögerlich. Dadurch könnten höchstens einige durch den Stellenabbau der Deutschen Bank leergewordene Büros gefüllt, nicht aber ein neuer Boom am Main ausgelöst werden. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern käme Hessen wegen dieser Abfederungseffekte glimpflich davon: Der stark vertretene Finanz- und unternehmensnahe Dienstleistungssektor würde das BIP regional „nur“ um 0,17 Prozent sinken lassen.

Entscheidend für das wirtschaftliche Wohlergehen Großbritanniens wird sein, mit welcher Art von Brexit die neue Regierung um Boris Johnson die EU verlässt. Für Felbermayr ist das Szenario „Hard but Smart“ zunehmend vorstellbar. Hier verzichtet das Vereinigte Königreich auf Einfuhrzölle, was den inländischen Wettbewerb befeuern, aber viele eigene ausländische Absatzmärkte erhalten würde. Fraglich bliebe auch, wie die so populäre offene Grenze zwischen Irland und Nordirland bestehen bleiben kann, gerade wenn führende Köpfe der EU gegen das „Rosinenpicken“ der britischen Verhandler sind. Hier müsse die EU kompromissbereit auftreten, stellte der Ökonom klar. Das europäische Projekt sei schon immer

eine für alle Mitglieder vorteilhafte Wirtschaftsgemeinschaft gewesen – mit der Möglichkeit des Austritts, sollte dies von einem Staat anders erachtet werden. Die „Bestrafung“ des Vereinten Königreichs sei im Interesse keiner der Parteien. Stattdessen gäbe die Möglichkeit einer gemeinsamen Zollunion mit beschränkten Themen eine neue Perspektive, die einerseits eine neue Souveränität Großbritanniens ermöglicht, andererseits den Freihandelsraum erhält.

Der Abend im Gästehaus der Frankfurter Universität bot einen informativen Vortrag mit einer sehr lebendigen, vom Stellvertretenden Vorsitzenden des Managerkreises Rhein-Main Jochen Struwe moderierten Diskussion. Felbermayrs Einschätzung, die die scharfe, in seinen Worten „engstirnige ökonomische Analyse“ mit politischen Betrachtungen zusammenbrachte, gab einen insgesamt optimistischen Ausblick für die kommenden Monate und Jahre. Dabei sei klar, dass vieles auch davon abhängt, wie es dem „Mann mit der ungeordneten Frisur“ gelingt, auf dem internationalen Parkett kluge Freihandelsverträge abzuschließen. Ein neuer „Deal“ mit seinem populistischen Miteiferer auf der anderen Seite des Atlantiks ließe zumindest die Banker in London aufatmen. Letztlich ließe sich die Frage, wie Großbritannien in zehn Jahren dastehen werde, noch nicht eindeutig beantworten. Wird der Brexit die Briten zusammenschweißen und wirtschaftlich in eine komfortable Position gegenüber der EU bringen, oder wird er zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen, das Land eher destabilisieren und damit auch wirtschaftliche Nachteile bringen?

► Prof. Dr. Gabriel Felbermayr



Publikationen des Managerkreises

Deutschland 2035: Eine Reise in die Zukunft. Szenarien für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung

Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2019. 28 Seiten
ISBN: 979-3-96250-305-5

Der Vorstand des Managerkreises und seine geladenen Gäste haben sich im November 2018 zu einem Zukunftsworkshop in der Friedrich-Ebert-Stiftung getroffen, um Antworten auf die Frage zu finden, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft in den nächsten sechzehn Jahren entwickeln könnten. Dabei sind vier Zukunftsszenarien entstanden, die darstellen, wie sich Deutschland bis 2035 verändert haben könnte. Diese Szenarien sollen Grundlage sein, um daraus Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu erarbeiten. Diese sollen thematische Anregungen für die Arbeit des Managerkreises in den nächsten Jahren sein.

<http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=15304&ty=pdf>



Managerkreis impulse

Vom ESM zum EWF – Klare Regeln bei der Weiterentwicklung vom Krisen- zum Vorsorgemechanismus für eine stabile Euro-Zone

Von Dr. Harald Noack

Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2019.
ISBN: 978-3-96250-343-7

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll künftig zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickelt und damit in EU-Gemeinschaftsrecht überführt werden. Durch mehr Kompetenzen und neue Finanzinstrumente kann der ESM/EWF zur finanzpolitischen Stabilität der Euro-Zone beitragen. Gleichzeitig gilt: Voraussetzung für Solidarität ist das Streben nach Solidarität. Daher müssen die von der EU-Kommission angestrebten Maßnahmen an klare Regeln gebunden sein: Altlasten in Bankbilanzen müssen auf ein verträgliches Maß reduziert und Gläubiger überschuldeter Staaten in Zukunft an Restrukturierungen beteiligt werden.

<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/15424.pdf>



Gerne senden wir Ihnen auch ein gedrucktes Exemplar.
Bestellungen bitte an managerkreis@fes.de



Alle Termine zu unseren Veranstaltungen finden Sie unter
www.managerkreis.de